EUROPÄISCHE INTEGRATION 25.06.2026 | Mark Leonard

Exit vom Brexit?

Starmers Rücktritt eröffnet Labour die Chance auf einen Neuanfang – und auf das Ende des Europa-Tabus.

Es ist nur zum Teil ein Zufall, dass der zehnte Jahrestag des Brexit-Referendums – jenes Ereignisses, das eine giftige Polarisierung der britischen Politik ausgelöst hat – von einem weiteren politischen Opfer geprägt war: dem Rücktritt des britischen Premierministers Keir Starmer.

Starmer tritt mit der für ihn typischen Würde ab, jedoch ohne sein vor zwei Jahren gegebenes Versprechen, die britische Wirtschaft wieder anzukurbeln, eingelöst zu haben. Ein wesentlicher Grund für sein Scheitern war der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Erst letzte Woche bezifferte eine groß angelegte Studie die Kosten des Brexits in den zehn Jahren seit dem Referendum auf sechs bis acht Prozent des britischen BIP. Angesichts dieser schwindelerregenden Kosten sollte es nicht überraschen, dass sich die Einstellung der britischen Öffentlichkeit zur Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und Kontinentaleuropa seit 2016 still und leise gewandelt hat.

Allerdings würde man das nicht vermuten, wenn man die zwischenstaatlichen Verhandlungen oder die Debatten in den Medien verfolgt. Die Politiker in London und in den EU-Hauptstädten beharren darauf, dass sich fast nichts geändert habe. Sogar viele der Gesichter sind dieselben geblieben. Nigel Farages Partei *Reform* liegt in den Umfragen im Vereinigten Königreich vorn, und die *Labour*-Regierung beruft sich nach wie vor auf die „roten Linien“ früherer Regierungen gegenüber Europa.

Viele europäische Politiker beschreiben den Brexit als „hässliche Scheidung“, die ihnen noch lange nachgehen werde.

Auch in Brüssel halten viele weiterhin daran fest, dem Vereinigten Königreich kein „Rosinenpicken“ zu erlauben – also die wirtschaftlichen Vorteile der Nähe zur EU zu nutzen, ohne die Pflichten einer Mitgliedschaft zu akzeptieren. Der Wunsch, durch „Bestrafung des Vereinigten Königreichs“ ein Exempel zu statuieren, ist in manchen Kreisen nach wie vor

stark ausgeprägt. Viele europäische Politiker beschreiben den Brexit als „hässliche Scheidung“, die ihnen noch lange nachgehen werde. Sie hegen Groll gegen jene Briten, die die EU stets eher als Markt denn als politische Gemeinschaft betrachtet haben. Angesichts der vielen anderen Krisen, mit denen sie zu kämpfen haben, argumentieren sie, dass der Brexit bereits zu viel Aufmerksamkeit in Anspruch genommen habe, und sie tun sich schwer damit, ihr Schicksal je wieder in die Hände der wankelmütigen britischen Wählerschaft zu legen.

Doch während die Debatte aufseiten der Eliten wie gehabt abläuft, hat die öffentliche Meinung auf beiden Seiten des Ärmelkanals eine bemerkenswerte Wandlung durchlaufen. Besonders dramatisch ist der Wandel im Vereinigten Königreich. Laut einer Umfrage meiner Organisation, des *European Council on Foreign Relations*, ist die britische Öffentlichkeit vom Brexit zutiefst desillusioniert und der Ansicht, dass er die größten Probleme des Landes – von steigenden Lebenshaltungskosten über die illegale Einwanderung bis hin zu neuen Sicherheitsbedrohungen – lediglich weiter verschärft habe.

Etwa 75 Prozent der Menschen wünschen sich engere Beziehungen zu Europa, und auf die Frage, was dies konkret bedeute, ist der Wiedereintritt in die EU die beliebteste Antwort. Der Wunsch nach einer neuerlichen Annäherung reicht sogar über die alte Kluft zwischen *Leave*- und *Remain*-Anhängern hinaus: Sechs von zehn *Leave*-Wählern zeigen sich offen für engere Beziehungen.

Der größte Wendepunkt war die Rückkehr von Donald Trump ins Amt. Angesichts der Unberechenbarkeit der Vereinigten Staaten blicken große Mehrheiten der britischen Wähler, was den Schutz ihrer Wirtschaft, ihrer Sicherheit und sogar ihrer Grenzen angeht, eher auf Europa als auf die USA.

Das Verhältnis zu Europa ist eines der wenigen Themen, das die alte Labour-Koalition eint.

Auch die britische Parteipolitik hat sich verändert. Das Brexit-Votum von 2016 löste eine Krise für die britische *Labour*-Partei aus, da es die progressiven Wähler spaltete und offenbarte, dass die Partei keine schlüssige Alternative zu bieten hatte. Doch nun ist das Verhältnis zu Europa eines der wenigen Themen, das die alte *Labour*-Koalition eint.

> Neun von zehn Wählern, die von der *Labour*-Partei zu den Grünen gewechselt sind, und acht von zehn, die zu den Liberaldemokraten übergelaufen sind, befürworten einen neuerlichen EU-Beitritt. Selbst jene Wähler, die der *Labour*-Partei zugunsten der rechtsextremen *Reform*-Partei (dem Nachfolger der alten Brexit-Partei) den Rücken gekehrt haben, geben mehrheitlich an, dass sie, wenn heute ein Referendum stattfände, für einen Wiedereintritt in die EU stimmen würden.

Deshalb dreht sich die große Debatte innerhalb der *Labour*-Partei nun darum, die zaghafte offizielle Linie aufzugeben, die lediglich einen „Neustart“ mit Europa anstrebt. Die Menschen wollen eine grundlegend andere Option, und diese Forderung könnte dazu führen, dass *Labour* die EU-Mitgliedschaft wieder auf die Tagesordnung setzt.

Auf EU-Seite erkennen die Europäer – ebenso wie die britische Öffentlichkeit – an, dass Trump, der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Präsident Xi Jinping die Welt grundlegend zum Schlechten verändert haben. Statt zu versuchen, am Vereinigten Königreich ein Exempel zu statuieren, fragen sie sich, wie eine neue Beziehung über den Ärmelkanal hinweg ihren eigenen Sicherheitsinteressen dienen könnte. Sie machen sich Gedanken darüber, was nötig ist, um sich nach einem Rückzug der USA und angesichts einer von China ausgehenden Drohung mit Deindustrialisierung und strategischer Unterordnung zu verteidigen. Von Polen bis Portugal befürwortet eine Mehrheit in jedem befragten Land einen Wiedereintritt Großbritanniens, und viele sind der Meinung, die Europäische Kommission solle ihre eigenen roten Linien lockern, um ein wärmeres Verhältnis zu fördern, insbesondere im Bereich der Sicherheit.

Und so sollten wir anlässlich des zehnten Jahrestags des Referendums auch versuchen, die durch den Brexit entstandene politische Kluft in Europa zu schließen. Zu viel Zeit wurde verschwendet, und das umsonst. Auf beiden Seiten des Ärmelkanals fordert die Öffentlichkeit eine neue Beziehung zwischen der EU und Großbritannien für die 2030er und 2040er Jahre. Starmers Rücktritt gibt der *Labour*-Partei die Chance, ihre Wahlkoalition zu erneuern. Und auf ihr eigenes politisches Vermächtnis bedachte europäische Staats- und Regierungschefs wie der französische Präsident Emmanuel Macron sollten anerkennen, dass die Beseitigung der durch den Brexit verursachten Schäden eine historische Leistung wäre.

Wenn die heutigen Politiker die Chance ergreifen, die ihnen ihre Wähler bieten, wird die Feindseligkeit des vergangenen Jahrzehnts irgendwann wie eine historische Anomalie erscheinen. Doch muss die politische Klasse mit der öffentlichen Meinung Schritt halten. Die politischen Entscheidungsträger müssen erkennen, dass Europa Staatskunst braucht und nicht zynische politische Taktiererei. Vergessen Sie die roten Linien. Europa muss sich als politische Gemeinschaft etablieren, die dem Druck eines neuen Zeitalters der Unordnung standhalten kann.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen übersetzt von Jan Neumann



Mark Leonard
London

Mark Leonard ist Direktor des *European Council on Foreign Relations* (ECFR). Er ist Autor des Buches The Age of Unpeace: How Connectivity Causes Conflict.